

i Fijáte!

Nachrichten •

Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 377 24. Jan. 2007

13. Jahrgang

So sieht Entwicklung aus

Das neue Jahr begann schlecht für die Gemeinden in El Estor, deren Bevölkerung sich gegen das *Projekt Fénix* der *Guatemaltekischen Nickelkompanie* (GCN) wehrt (siehe ¡Fijáte! 371). Nachdem bereits Ende 2006 Räumungen angedroht und zum Teil ausgeführt wurden, erwecken die jüngsten Ereignisse fast den Eindruck, als habe man die Feiertage nutzen wollen, um möglichst ohne Aufsehen weitere Räumungen durchzuführen.

Wir veröffentlichen einen Augenzeuginnenbericht von Dawn Paley von *Rights Action*.

Bekannt wegen der Präsenz der INCO-Nickelmine seit den frühen 60er- bis Mitte der 90er-Jahre ist die Region von El Estor seit einiger Zeit erneut im Rampenlicht. Vor drei Jahren übernahm die in Vancouver angesiedelte *Skye Resources* das Unternehmen, mit dem Versprechen, eine neue Ära von Entwicklung und der Schaffung von Jobs für die lokale Bevölkerung einzuläuten.

Vor Ort hingegen charakterisiert sich die Präsenz des Unternehmens durch gewaltsame Räumungen, die von einer Runde in die nächste gehen.

Mitte September 2006, nachdem etwa fünf Familien sich auf einer bereits überbesiedelten Parzelle in der Ortschaft Chichipate, im Westen der Stadt El Estor, niederliessen, beschloss rund 400 Familien, aufgeteilt in sechs Gruppen, Land zu besiedeln, das der guatemaltekischen Tochterfirma der *Skye Resources*, der *Guatemaltekischen Nickelkompanie* CGN gehört. Die Mehrheit der Leute, die an dieser, von einigen "Landbesetzung" genannten Aktion teilnahmen, gehören der Ethnie der Q'eqchi's an und sind BäuerInnen. Ihr Hauptinteresse ist es, ein Stück Land zu haben, um durch Subsistenzwirtschaft ihre Familien zu ernähren.

Eine dieser Siedlungen heisst *Barrio Revolución*. Sie entstand im Verlauf der letzten Monate auf einem Stück Land, das seit Jahrzehnten unbenutzt und entsprechend unproduktiv war. Trotz der ihnen in den Weg gelegten Hindernisse – unter anderem wurde die Siedlung am 12. November gewaltsam geräumt (siehe ¡Fijáte! 374) – bauten die Gemeindemitglieder ihre Häuser sowie ein Versammlungslokal, in dem ihre regelmässigen Treffen stattfanden, wieder auf und begannen, Mais und Bohnen zu säen.

Ich besuchte die Gemeinde erstmals Anfang Dezember, kurz nach der ersten Räumung. Die Leute zeigten mir ihre mit Strohdächern gedeckten Häuser, die zum Teil noch im Bau waren. Ihr Versammlungsort bestand aus einem grossen Palmdach auf Holzpfählen, einem gestampften Lehmbooden und selbst gezimmerten Bänken. Trotz aller Schwierigkeiten, denen sie ausgesetzt waren, strahlten die Mitglieder der Gemeinde ein Gefühl der Hoffnung aus.

Doña Fidelia, eine ältere Frau die in *Barrio Revolución* lebt, erklärte, dass sie das Land zurücknehmen und nicht erobern. Einige der BewohnerInnen seien auf diesem Land geboren worden, bevor irgendein Minenunternehmen überhaupt in die Region kam. In Bezug auf die EXMIBAL, die die kanadische INCO in den 60er-Jahren in der Region ansiedelte, sagte Fidelia: „Unsere Eltern waren vor der EXMIBAL hier“. EXMI-

BAL wurde im Jahr 2004 von *Skye Resources* aufgekauft, für welche heute die CGN das „Projekt Fénix“ führt.

Der Gemeindefriedhof zeugt von den Worten Doña Fidelias. Auf ihm finden sich nämlich Grabsteine aus den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts. Der Friedhof liegt im Zentrum von *Barrio Revolución*. Als die EXMIBAL begann, Land aufzukaufen und zu roden, wurden die Leute entweder mit falschen Versprechungen übers Ohr gehauen oder vertrieben. Einige wurden umgebracht. Mit fester Stimme erzählte Doña Fidelia, was ihren Eltern widerfahren ist, die sich mit Leib und Seele der Verteidigung ihres Landes verschrieben und dafür mit ihrem Leben bezahlt hatten. Geschichten wie die von Doña Fidelia sind kein Einzelfall in dieser Region, die auch vom bewaffneten Konflikt nicht verschont blieb.

Auch wenn gewisse Dinge sich seit der Unterzeichnung der Friedensabkommen Ende 1996 definitiv geändert haben, lebte bei der Bevölkerung seit den Land(wieder)besetzungen im September und den darauf folgenden Drohungen der *CNG-Skye Resources* ein Gefühl der Angst und Unsicherheit wieder auf. Leute, die ich im Dezember traf, erzählten von regelmässigen Helikopterüberflügen, unfruchtbaren Treffen mit den VertreterInnen des Unternehmens, die nicht erlauben, dass die Gemeinde ihre RechtsvertreterInnen oder ÜbersetzerInnen zu den Gesprächen mitbringen, und von der Horrornacht im November, als hunderte von Militär- und Polizeiangehörigen die Leute aus dem *Barrio* vertrieb.

Diese erste Räumung fand am 12. November statt, ohne richterlichen Befehl, wie dies das guatemaltekische Gesetz eigentlich verlangt. AugenzeugInnen berichten, dass die Räumungstruppen von dem Gelände der CNG her kamen und zum Teil unternehmenseigene Fahrzeuge benutzten.

Barrio Revolución erhielt für den 27. Dezember 2006 einen zweiten Räumungsbefehl. Dieser weihnachtliche Räumungsbefehl schien ein Versuch der *CGN-Skye Resources* zu sein, diesmal „legal“ vorzugehen. Am Morgen des 27. Dezembers waren die Leute von *Barrio Revolución* vorbereitet und erwarteten das Schlimmste. Erst über das Lokalradio erfuhren sie, dass die Räumung nicht an diesem Tag stattfinden würde.

Doch die Erleichterung war von kurzer Dauer. Der nächste Räumungsbefehl war auf den 8. Januar 2007 ausgestellt. Als ich am 7. Januar abends in El Estor ankam,

spürte ich sofort, dass etwas in der Luft lag. Dutzende von Polizeiautos blockierten die Zugangsstrassen zur Stadt Río Dulce. Die Polizei war überall. Am nächsten Morgen war klar, dass die Räumung stattfinden würde.

Die Räumung

Nachdem sie sich um 8 Uhr beim Hauptquartier der *CGN-Skye Resources* versammelt hatten, näherten sich die von rund 200 Militärangehörigen begleiteten 430 PolizistInnen dem *Barrio Unión*, einer ebenfalls wiederbesetzten Gemeinde mit ca. 70 Familien. Während sich die Polizei in Einerreihe zwischen der Gemeinde und der Hauptstrasse aufstellte, las Staatsanwalt Rafael Andrade Escobar den BewohnerInnen den Räumungsbefehl vor. Rückblickend und unbeachtet der Tatsache, dass die Räumung ungerecht war, muss gesagt werden, dass in *Barrio Unión* die Dinge angemessen verliefen. Den BewohnerInnen wurde die nötige Zeit eingeräumt, um ihre Habseligkeiten zusammen zu suchen, die Häuser wurden von Angestellten der *CNG-Skye Resources* sorgfältig abgebaut.

Die zweite Räumung fand am selben Tag etwas später in *La Pista* statt. Hier beschlossen die BewohnerInnen, die Gemeinde zu evakuieren, bevor die Polizei und das Militär kamen. Ihre Häuser wurden weniger sorgfältig zerlegt, einige wurden niedergebrannt. Gegen Abend machten Spekulationen die Runde, dass nun *Barrio Revolución*, eine der grössten und am besten organisierten Gemeinden, als nächstes an die Reihe käme.

Am Morgen des 9. Januar versammelten sich die Polizei und das Militär erneut im Hauptquartier der *CGN-Skye Resources*. Ein Polizeikonvoi in der Länge von mehreren hundert Metern, jedes Fahrzeug mit mindestens vier schweren Geschützen bewaffnet und schwarz uniformierte Polizisten füllten die Strassen. Private, bewaffnete Sicherheitskräfte, die T-Shirts des Minenunternehmens trugen, fuhren weisse Pick-ups. Andere Sicherheitskräfte versteckten sich in den Gebüschern längs der Strasse und von oben wurde die Szene aus einem Helikopter observiert. Im Visier waren das *Barrio Revolución* und das *Barrio La Paz*. Etwa um 9.45 Uhr setzte sich der Treck in Richtung *Barrio Revolución* in Bewegung.

Anstatt dass der Staatsanwalt einen Räumungsbefehl verlas, drangen Polizeikräfte in die Gemeinde ein und „sicherten“ den Fluss, der durch die Siedlung floss. Danach wurden die Häuser eingekreist und die BewohnerInnen in den westlichen Teil von *Barrio Revolución* gedrängt, wo sich der Versammlungsplatz befindet. Von Polizeikräften umringt, warteten dort etwa 50 Personen auf das Erscheinen des Staatsanwaltes, darunter etwa ein Dutzend Frau-

en und einige Kinder.

Alles niederbrennen

In der Ferne leuchtete orangenes Licht auf. Es wurde grösser und Rauch begann die Luft zu erfüllen: Ein Haus auf der anderen Seite des Flusses brannte. Staatsanwalt Andrade Escobar stand etwas abseits, als ein zweites und ein drittes Haus zu brennen begannen. Er berief sich darauf, dass sein Mobiltelefon keinen Empfang habe, damit er seine Männer zurückrufen könnte. Sein Befehl, mit dem Niederbrennen der Häuser aufzuhören, sei auf der anderen Seite des Flusses nicht angekommen. Und er versicherte, er würde rechtliche Schritte gegen die Angestellten des Minenunternehmens einleiten, die die Häuser in Brand setzten. Auf die Frage, weshalb diese überhaupt die Häuser niederbrannten, wenn doch die Räumung der Siedlung die Aufgabe der Staatsanwaltschaft sei, antwortete Andrade Escobar: „Ich habe die Verantwortung über jenen Sektor (auf der anderen Seite des Flusses) dem Anwalt des Minenunternehmens übergeben, der (und nicht die Staatsanwaltschaft) nun auch die Verantwortung dafür trägt, was dort geschieht“.

Nachdem fast alle Häuser im westlichen Sektor von *Barrio Revolución* in Flammen standen, konnten endlich die zwölf Angestellten des Minenunternehmens, die sich der Zerstörung der Häuser widmeten, gestoppt werden. Während sich die Hitze des Feuers ausdehnte, durchkämmten etwas 60 Armeeinghörige die Felder und den nahe gelegenen Wald. Cesar Bora von der Indigenen- und BäuerInnenkoordination CONIC beschreibt das Vorgehen „ähnlich der Situationen, wie wir sie aus der Zeit des bewaffneten Konflikts kennen“.

Endlich verlas Staatsanwalt Andrade Escobar auch seinen Räumungsbefehl. Er ordnete an, dass die BewohnerInnen von *Barrio Revolución* ihre Häuser jetzt abrechen sollten, falls sie nicht bereits niedergebrannt waren.

Entwicklung bringt Vertreibung

Das in Brand setzen der Häuser war illegal und eine Machtdemonstration seitens des Minenunternehmens. Nachdem er den Räumungsbefehl verlesen hatte, verlies Andrade Escobar sofort den Ort des Geschehens, um sich an die vierte Räumung, in *Barrio La Paz*, zu machen. Nach dem Disaster in *Barrio Revolución* erschien die Räumung von *Barrio La Paz* fast friedlich, obwohl die legale Basis dafür sehr fraglich ist.

Hunderte von Familien wurden im Verlauf von 48 Stunden obdachlos, weitere Räumungen sind für die nächsten Tage geplant. Unter Polizeiaufsicht räumten die Familien von *Barrio Revolución* und *Barrio La Paz* die Überreste von dem, was einst ihre Häuser waren, zusammen und retteten, was zu retten war.

Im Verlaufe des Nachmittags begann es zu regnen, doch die Leute hatten keinen Ort, wo sie hingehen und sich unterstellen konnten.

Ihre Zukunft ist unsicher. Noch trauern sie dem Verlust ihrer Habseligkeiten und Häuser nach, doch der Wunsch, auf diesem Land zu leben, besteht weiterhin. Solange das Minenunternehmen und der guatemalteckische Staat ihre Strategien nicht radikal ändern, oder die kanadische Regierung Einfluss auf das Schalten und Walten von *Skye Resources* in Guatemala nimmt, wird sich dieser verzweifelte Konflikt verschärfen.

Nachtrag

El Estor, Izabal, 19. Jan. Wie der Leiter der lokalen Entwicklungsorganisation AEPDI, Daniel Vogt, in einem Kommuniqué mitteilte, kehrten rund 200 Polizeiangen und zwei LKW voll Soldaten nur eine Woche später zurück in die fünf Gemeinden, um ein weiteres Mal die Personen zu vertreiben, die die Terrains erneut eingenommen hatten. Von einem dieser, dem Lote 8, waren die BesetzerInnen noch vor Ankunft des Räumkommandos weggelaufen, dieses beendete seine Arbeit nun gründlich und brannte die noch stehenden, sowie neu aufgebaute Konstruktionen komplett. In La Paz kam es aufgrund der Präsenz von VertreterInnen des Menschenrechtsprokurats, die aus anderen Gründen vor Ort waren, weder zu Brandstiftung noch Räumung. Auch die BewohnerInnen aus La Pista und Barrio Revolución flüchteten rechtzeitig.

Doch in La Unión, im Aussenbezirk von El Estor, kam es zu direkten Konfrontationen zwischen EinwohnerInnen und Polizei. Diese warf Tränengasbomben zwischen die Hütten, wo sich Frauen, Kinder und SeniorInnen aufhielten. Zahlreiche von diesen mussten anschliessend mit Rauchvergiftungen und Hautausschlägen ins Krankenhaus gebracht werden.

Erzürnt machte sich eine Gruppe der BewohnerInnen daran, einen Strommast umzukippen, und sperrten damit eine der Zufahrten in die Stadt. Es gab Schüsse, aber es wurden weder Verletzte noch Festnahmen gemeldet. Die Wahrung der „Sicherheit“ wurde schliesslich von durch den Bürgermeister von El Estor organisierten Dorfpatrouillen übernommen, die bewaffnet und mit Schüssen in die Luft auf drei Pick-ups ankamen und die Menge auflösten.

Die Menschenrechtsorganisation Rights Action hat unter dem Link <http://www.youtube.com/watch?v=Q20YxkM-CGI> auf einem knapp 10-minütiges Video die Geschehnisse Anfang Januar festgeladen.

Zusammenstoss zwischen BäuerInnen und Minenpersonal

San Marcos, 12. Jan. Ein Bauer und drei Angestellte des Minenunternehmens *Montana Exploradora* wurden in Sipakapa bei einem Zusammenstoss zwischen rund 600 protestierenden BewohnerInnen und Minenangestellten verletzt. Bei den Protestierenden handelt es sich um Personen, die im Jahr 1999 ihr Land an die *Montana* verkauft hatten. Ihnen wurden damals 4000 Quetzales pro *cuerda* (1 *cuerda* entspricht 1750 Hektaren) bezahlt mit dem Versprechen, sie würden mehr bekommen, sobald die ersten Minerale abgebaut worden seien.

Die BewohnerInnen protestierten auch gegen die unterdessen mittels Laborproben nachgewiesene Verschmutzung des Flusses Tzala, aus dem mehrere Gemeinden ihr Trinkwasser beziehen. Sie fordern als "BesitzerInnen dieses Landes und unter Berücksichtigung

unserer Rechte" vom *Ministerium für Energie und Minen*, die Suspendierung der Minentätigkeit zu veranlassen.

Sergio Sáenz, Vertreter von *Montana Exploradora*, erklärte, dass es keinerlei Nachzahlungen geben würde. Die Ländereien seien im Grundbuchamt von Quetzaltenango auf den Namen des Unternehmens eingeschrieben und der Kauf/Verkauf als rechtsgültig erklärt. Weiter meinte er, die Protestierenden seien von Drittpersonen beeinflusst worden, diesen Protest zu beginnen.

Der Vertreter des Menschenrechtsprokurats von San Marcos (PDH), Carlos Martínez, versuchte in dem Konflikt zu vermitteln und einen Dialog aufzubauen, doch der Sicherheitschef der *Montana*, John Noyes, vertrieb die Verhandlungskommission der BäuerInnen handgreiflich und nannte sie "Mörder". Pressevertreter wurden von ihm auf die-

selbe Weise behandelt.

Offenbar werden einige Bauern gegen ihren Willen auf dem Minengelände festgehalten, weshalb Martínez die entsprechenden Rechtsmittel zu ihrem Schutz ergriff.

Anlässlich einer Pressekonferenz erklärte der Vize-Energieminister, Jorge García, es seien Laborproben aus dem Fluss Tzala genommen worden und man habe keinerlei Verschmutzung feststellen können. Dies widerspricht jedoch den Ergebnissen einer Wasseranalyse, die von der Umweltorganisation *Madre Selva* in Auftrag gegeben wurde. Gegen *Madre Selva* drohte García eine Untersuchung einzuleiten mit der Begründung, sie hätten das Delikt begangen, falsche Ergebnisse zu publizieren.

Als "Präventivmassnahme" wurden Polizei- und Militäranghörige in die Gegend abkommandiert.

Neue Gelder – neue Wiederaufbauversprechen?

Guatemala, 22. Dez. 06. Noch kurz vor Weihnachten veröffentlichte die Regierung, das Dekret, mittels dem der Treuhandfond von 1,5 Mrd. Quetzales, der im Oktober 2005 für den Wiederaufbau nach Hurrikan Stan eingerichtet wurde, um 400 Mio. Quetzales erweitert wird. Doch selbst von dem ursprünglichen Fond sind gerade mal 818,9 Mio. Q. ausgegeben, ganze 53%. Eine aussagekräftige Angabe hinsichtlich der gross angekündigten Priorisierung durch Präsident Berger noch vor einem Jahr.

Eduardo Aguirre, Regierungsauftraggeber für den Wiederaufbau, sucht nun nach Rechtfertigungen. Die 1,5 Mrd. seien schon komplett verplant, die entsprechenden Schecks so gut wie ausgezahlt. Die neuen 400 Mio. sind derweil erst ansatzweise konkret veranschlagt. Laut Aguirre sollen mit 35 Mio. Quetzales durch das Sekretariat für Agrarangelegenheiten Grundstücke gekauft werden und 45 Mio. sollen in städtische Zentren investiert werden, die vom Präsidialen Exekutivsekretariat betreut werden. Die übrigen 320 Mio. gehen ans Kommunikationsministerium, aus dessen Töpfen die Aufstockung auch stammen soll.

Doch noch der letzte Bericht der „Auditoría social“ - was einer Rechnungsprüfung öffentlicher Ausgaben durch die Zivilgesellschaft gleichkommt - des Wiederaufbaus nach Stan durch die Organisation *Acción Ciudadana*, hob den langsamen Fortschritt im Wohnungsbau und die fehlende Transparenz im Umgang mit den Mitteln hervor. Da es sich um einen Treuhandfond handelt,

besteht die Ausnahme, dass die Regierung sich nicht an das staatliche Vertragsgesetz halten muss und somit die Ausschreibungs- und Transparenznormen umgehen kann. Gemäss *Acción Ciudadana* haben die für den Wiederaufbau zuständigen Institutionen den Zugang zu Informationen in Bezug auf ihre Rechnungsführung behindert oder gar verweigert.

Soziale Organisationen kritisieren besonders die spärlichen Ergebnisse in

der Rekonstruktion des sozialen Netzwerkes, ebenfalls ein Schlagwort und angebliche Prioritätensetzung.

Ein weiteres Phänomen wird von den Betroffenen beanstandet: Nach ersten Vorzeigeaktionen hätten die Abgeordneten und andere FunktionärInnen die Wiederaufbaupläne völlig vergessen, holen sie jetzt aber auf einmal wieder aus der Schublade und wollen sich mit tollen Versprechen ihre Wiederwahl im September sichern.

Familienplanung im siebten Monat

Guatemala, 26. Dez. 06. Sieben Monate nach der Annahme des umstrittenen Gesetzes zur Familienplanung hat sich in der Angelegenheit wenig getan: Weder ist sein Umsetzungsreglement ausgearbeitet worden noch die Kommission gebildet, die sich darum kümmern muss, den Frauen freien Zugang zu Verhütungsmitteln zu garantieren. Diese Politik des "Ja-Sagens und dann Vergessens" erstaunt nicht weiter, wenn man sich an die Diskussionen im Kongress, das präsidiale Veto gegen das Gesetz und den Druck der evangelischen und katholischen Kirche vor der definitiven Annahme des Gesetzes erinnert (siehe ¡Fijate! 359).

Das Gesetz sieht nebst der Verbreitung von Verhütungsmitteln auch die Aufklärung Jugendlicher in Sachen Schwangerschaft und sexuell übertragbarer Krankheiten vor. Jetzt ginge es darum, die notwendigen juristischen

Massnahmen einzuleiten, damit das bereits erarbeitete Reglement in Kraft tritt. Ein nächster Schritt wäre dann die Bildung der Kommission, die den Zugang zu Verhütungsmitteln garantiert und Politiken zur Sexualaufklärung ausarbeitet. Diese Kommission soll zusammengesetzt sein aus VertreterInnen staatlicher Institutionen und sozialen Organisationen.

Gemäss Gesundheitsminister Víctor Manuel Gutiérrez ist das Problem nicht die fehlende Existenz von Verhütungsmitteln, davon gäbe es genügend, sondern die Verbreitung und Verteilung. Myrna Montenegro von der *Koordinationsinstanz für politische Aktionen im Gesundheits- und Entwicklungsbereich für Frauen*, stimmt dem zu: "Die Hauptarbeit besteht nun darin, die Frauen über die Möglichkeiten von Verhütungsmitteln aufzuklären und sie zu deren Benutzung zu animieren."

Bilanzvorlage 2006

Guatemala, 19. Jan. Óscar Berger hat drei von vier Jahren seiner Regierungszeit hinter sich gebracht und greift nun auf eine eher unübliche Form zurück, seinen Jahresbericht vorzulegen: im Fernsehen und nicht persönlich vor dem Kongress. Stattdessen schickte er seine Sprecherin mit dem Dokument ins Parlament, die sich beschränkte darauf hinzuweisen, dass die Berichterstattung per Verfassung Exekutivpflicht sei, die persönliche Überbringung desselben jedoch nicht.

Für Erwin Pérez bewertet diese Haltung in seinem Leitartikel in *incidencia democrática* als klare politische Entscheidung, male doch der Bericht die Verbesserung im Land in den schönsten Farben. Demnach haben sich in den letzten drei Jahren die Staatsinstitutionen wieder erholt, das Thema Soziales sei zu Gunsten der GuatemalteInnen gestärkt worden, die prekäre Wirtschaftslage habe sich bis zu einem Wirtschaftswachstum von über 4,5% verbessert (in 2004 lag es bei 2,7%), alles Dank der enormen Arbeit der Autoritäten. Die Steuereinnahmen seien seit langem die höchsten, die Steuerbehörde habe erfolgreich die Kontrolle über Häfen und Zollstationen übernommen und generell habe es grosse Erfolge gegeben, Transparenz in die Mittelbewirtschaftung zu bringen. Derweil, so Pérez, zeichnet die Regierung in den Bereichen Bildung und Gesundheit Erfolge, die denken liessen, dass Guatemala tatsächlich vorankommt. Wenig glaubwürdig, aber gut beschönigt, behaupte der präsidentiale Bericht, dass die innere Sicherheit gestärkt wurde durch den Kauf von Ausrüstung und die Anstellung von mehr PolizistInnen. Während seines ausführlichen Berichts im Fernsehen, der begleitet wurde von schönen Bildern der getätigten Regierungsarbeit, beobachtet Pérez den Präsidenten als gelassen und zufrieden. Die erste Antwort auf die Frage, warum er nicht im Kongress vorstellig geworden ist, findet der Politanalyst in der realistischen Vermutung, dass jeder aufgezählte Erfolg ein „aber...“ nach sich zieht.

Am Sonntag, dem 14. Januar, dem Tag der Sitzungseröffnung des Parlaments, zu dem traditionell der präsidentiale Bericht gehört, führte eine Gruppe von LehrerInnen und GewerkschafterInnen eine friedliche Demonstration im Stadtzentrum an, dessen Ziel es war, zu verhindern, dass der Präsident seinen Bilanz verlese. Auch wenn schon am Tag vorher bekannt war, dass Berger nicht auftauchen würde, waren Hundertschaften der Polizei angerückt, ausgestattet mit Antiaufstands-ausrüstung und begleitet von Leuten der Präsidentialen Sicherheit, die keine Hemmungen hatten, ihre Gerätschaften gegen die DemonstrantInnen einzusetzen, die Opfer von Ag-

gressionen, Gummigeschossen und Tränengas wurden.

Die Sicherheit des Präsidenten wäre im Zweifel also gesichert gewesen, die Hypothese, er sei aufgrund der angekündigten Demo nicht im Kongress erschienen, ist also eher schwach. Vielmehr, so vermutet Pérez, schien Berger die Abgeordneten zu fürchten und das, was ihm im Parlament passieren könnte. Schliesslich verfügt die Regierungspartei schon längst nicht mehr über die notwendige Rückendeckung, um den Amtsträger verteidigen zu können.

So sieht Pérez in Bergers Nicht-Erscheinen auf zwei Ebenen eine deutliche Unfähigkeit innerhalb der regierenden Partei. Zum einen im Kongress selbst, wo es den Regierungsparteiabgeordneten nicht gelingt, von der Opposition die Garantie zu verlangen, den Präsidenten ohne offenen Kritik und Pfeifkonzert im Kongress seinen Diskurs halten zu lassen. Zum anderen fehle es Berger an Kühnheit und Vision angesichts der Tatsache, dass er in seinem letzten Jahr am dringendsten Brücken der Verständigung und des Konsenses mit der Opposition brauche anstatt sich jetzt von den Kongressfraktionen zu distanzieren.

Ab jetzt obliegt der Regierung also eine zusätzliche Aufgabe. Sie muss versuchen, während eines Wahljahres mit einer Opposition zusammen zu leben, die heiss auf mehr Macht ist, und die erste Übung des Überlebens wird es sein, eine minimale Gesprächsebene mit den übrigen Parteien zu finden. Das ist unabdingbar, um grundlegende Vereinbarungen für den Anstoss von Gesetzen zu erreichen, vor allem die ausstehenden in Sachen Sicherheit.

Doch das Kabinett ist ohnehin deutlich abgetakelt, haben doch nicht wenige hohe und mittlere FunktionärInnen ihr Amt bereits niedergelegt, um bei den Wahlen im September auf einen Sitz im Kongress zu spekulieren. Dieses sind Eduardo Castillo, Kommunikationsminister, zuständig für Verkehr und Infrastruktur, Marcio Cuevas, Wirtschaftsminister, Édgar Ajcip, Leiter des Friedensfonds FONAPAZ, José Gándara, Vize-Sportminister, Efraín Oliva, stellvertretender Staatssekretär, Staatssekretär Carlos Fión, der erst im letzten Jahr angetretene Gesundheitsminister Víctor Manuel Gutiérrez sowie Fraktionschef Jorge Méndez Herbruger.

Noch überlegen mindestens drei andere AmtsträgerInnen, ob sie, für welche Partei auch immer, in den Kongress einziehen zu hoffen wagen sollen: die Regierungssprecherin Rosa María de Frade, Friedenssekretärin Norma Quixtán und *last but not least* Frank LaRue, Präsidentialer Menschenrechtskommissionär.

Und eine weitere neue Nachricht hat die Regierungspartei *Grosse Nationale Allianz* (GAN) zu Beginn des Wahljahres zu verkünden. Mit „wissenschaftlicher“ Methode hat sie nach den Kandidatenskandalen im letzten Jahr und der verschärften Bankenkrise (siehe separater Artikel) ihren Präsidentschafts-aspiranten gekürt: Alejandro Giammattei, inzwischen Ex-Direktor des Gefängnis-systems, der sich Mitte letzten Jahres vor allem dadurch in der Öffentlichkeit einen Namen machte, das Gefängnis „Pavón“ von Polizei und Militär gestürmt zu haben, wodurch dem Anschein nach die Kontrolle über die Haftanstalten generell zurück in die Hand der offiziellen Autoritäten gelangt ist. Einen Schatten trägt diese Aktion derzeit noch für Giammattei, hat das Menschenrechtsprokurat in seinem entsprechenden Bericht doch extrajudizielle Hinrichtungen und exzessive Gewaltanwendung testiert. (siehe ¡Fijáte! 375) Der damalige Direktor dementiert, muss jedoch noch gerichtlich der (Mit-)Verantwortung entlastet werden. Während er ankündigte, seine Kampagne werde nicht aus Liedchen, sondern Vorschlägen bestehen, irritieren die ersten Beobachtungen, dass bei seinen Antrittsrunden in GANA-Kreisen wiederholt öffentliche Mittel ausgeben werden.

So wie mancher Erfolgsgeschichte Bergers von sozialen Organisationen und auch dem UN-Menschenrechtshochkommissionär widersprochen wurde, welcher entgegen des Präsidenten einen weiteren Verfall der Menschenrechte in Guatemala observiert, stimmen auch die genauen Angaben der Gewaltstatistiken von Innenministerium und Polizei (PNC) einmal mehr nicht überein. Doch die Tendenz kongruiert: In 2006 wurde die Zahl an gewalttätigen Todesfällen des Vorjahres deutlich überstiegen. Waren es 2005 noch 5'338 (PNC: 5'336), wurden im letzten Jahr bis Mitte Dezember vom Innenministerium 5'629 gewalt-sam zu Tode Gekommene gezählt, die PNC gibt bis Ende des Jahres gar 5'885 Morde an, von denen 670 weibliche Opfer waren. Und die kombinierten Patrouillen werden wohl auch weiterhin – wie erwartet – keine Reduzierung dieser Zahlen mit sich bringen, sind doch allein am ersten Wochenende 2007 30 ermordete Menschen ins Leichenschauhaus gebracht worden.

Zumindest soll nach offiziellen Angaben die „allgemeine Kriminalität“, sprich Banküberfälle, Entführungen, Autodiebstähle und Wohnungseinbrüche zurückgegangen sein. Jedenfalls, was die angezeigten Fälle angeht, hat die Justiz doch immer noch keinen Quantensprung in Richtung Funktionieren getan und die Sicherheit für ZeugInnen ist alles andere als garantiert.

Kein Entrinnen

Guatemala, 12. Jan. „Niemand kann seinem Schicksal entfliehen“, heisst es im Untertitel des neuen Films von und mit Mel Gibson. Auf dem Filmplakat ein in sich zusammenbrechender „Indio“ mit tätowiertem Oberkörper, modischer Glatze-Rossschwanz-Frisur und gezücktem Messer in der Hand vor einem apokalyptischen Hintergrund mit Mayapyramide und drohend anmutendem Vollmond-Wolken-Nachthimmel.

Apocalypto heisst denn auch das neueste Werk Gibsons, dessen Geschichte im Reich der Mayas angesiedelt ist und der in den USA innerhalb der ersten 48 Stunden einen Kassenumsatz von 15 Mio. US-\$ erwirtschaftete. In Mexiko und Guatemala hingegen, wo er kürzlich ebenfalls Premiere hatte, gibt es von indigener Seite her Protest gegen den Film.

In Mexiko aufgenommen, wo in der Nähe von Veracruz während sechs Monaten eine „naturgetreue“ Mayastadt aufgebaut wurde, erzählt der Film die letzten Momente der ursprünglichen Mayazivilisation und bezieht sich dabei laut Gibson auf das heilige Buch der Mayas, das Popol Vuh.

Ricardo Cajas, Leiter der *Präsidenten Kommission gegen Diskriminierung und Rassismus* in Guatemala verkündete gegenüber der Presse, er werde beim Kulturministerium eine Zensur des Filmes beantragen. Der Streifen sei in höchstem Masse rassistisch und beleidigend für die Maya-Indigenas und trage zur Verteufelung ihrer Kultur bei. Die

Mayazivilisation würde als blutrünstig, selbstzerstörerisch und ohne eigene Wertvorstellungen dargestellt. Dabei würden die wissenschaftlichen Erkenntnisse und Fortschritte, welche den alten Mayas zu verdanken seien, völlig ausgeblendet. „Die spanische Eroberung wird als einziger Ausweg dargestellt, womit die während der *Conquista* (und bis heute) begangenen Gräueltaten legitimiert werden“, ergänzt Cajas.

Der Maya und Ethnologe Estuardo Zapeta spricht sich gegen ein Verbot des Filmes aus. „Schliesslich handelt es

sich nicht um einen Dokumentarfilm, sondern um reine Fiktion, und als solche muss der Film auch gesehen werden“, meinte Zapeta.

In Italien wurde *Apocalypto* wegen seiner gewalttätigen Szenen für das Publikum unter 14 Jahren verboten. Von der Handelsvereinigung *Asociación de Negocios Latinos* hingegen wurde Gibson für seinen „Mut“, mit dem er diesen „Action- und Abenteuerfilm über das turbulente Ende der Mayazivilisation ins Kino gebracht hat“ mit einem Preis ausgezeichnet.

AltamerikanistInnen vs. *Apocalypto*

Dass „historische“ Hollywoodfilme es mit der Geschichte meistens nicht so genau nehmen ist ja allgemein bekannt, doch der neue Gibson Film übertrifft mal wieder alles, aber war es uns zumindest Wert einige Sachen aus wissenschaftlicher Sicht richtigzustellen.

Als StudentInnen der Altamerikanistik/Ethnologie an der Universität Bonn distanzieren wir uns von Inhalt und Zielsetzung des Hollywood Kinofilms *Apocalypto*, in dem der Regisseur Mel Gibson vorgibt, die klassische Maya-Kultur „authentisch“ zu präsentieren.

Zunächst muss festgestellt werden, dass die Darstellung im Film weitgehend nicht den historischen Tatsachen entspricht.

Weiterhin sehen wir die Gefahr, dass durch die Ausstrahlung von *Apocalypto* in Lateinamerika der ohnehin schon vorhandene Rassismus den heute lebenden Maya gegenüber neuen Nährboden findet.

Mel Gibson beschränkt sich in seiner Darstellung der klassischen Maya auf eine Vielzahl aufeinander folgender Gewaltszenen und versäumt es gänzlich diese in einen politischen sowie religiösen Kontext zu stellen.

Dies gilt sowohl für die Inszenierung kriegerischer Überfälle als auch für das Durchführen ritueller Blutopfer. Vielmehr basieren in *Apocalypto* jene Handlungen auf dem willkürlichen Konstrukt eines Gut-Böse Schemas.

Kulturell herausragende Errungenschaften der klassischen Maya wie hoch entwickelter Architektur und Kunst, einer komplexen Hieroglyphenschrift sowie eines Kalendersystems auf Basis sehr genauer astronomischer Berechnungen finden in Mel Gibsons Darstellung keinen Platz.

Solche Formen der Disqualifizierung verhelfen dem/der KinobesucherIn zu einem Bild der Maya als kultur-

loses und primitives Volk. Die Art und Weise wie Mel Gibson die Maya in seinem Film darstellt, erinnert an schlimmste rassistische Propagandafilme des 3. Reiches wie z.B. „Der ewige Jude“, wo den dargestellten Menschen alles Humane abgesprochen wird.

Die Freiheit der Kunst, auf die sich Gibson gegenüber seinen KritikerInnen berufen könnte, hat eindeutig ihre Grenzen, wenn diese auf Kosten der im Film dargestellten Maya missbraucht wird. Mit der Ankunft der spanischen Eroberer zum Ende des Films assoziiert Gibson einen Ordnung bringenden Neuanfang wodurch die Kolonialisierung letztlich gerechtfertigt wird.

Die heute in Mexiko, Guatemala, Belize, Honduras und El Salvador lebende Maya-Bevölkerung (ca. 8 Mio), ist nach wie vor Rassismus und Ausgrenzung ausgesetzt.

Der erst im letzten Jahrzehnt beendetete 30jährige Bürgerkrieg in Guatemala und der damit einhergehende Völkermord an der einheimischen Mayabevölkerung ist hierfür ein schreckliches Beispiel. Die Ausstrahlung von *Apocalypto* vor Ort wird es den Maya nachhaltig erschweren, sich auf eine ihnen würdige Geschichte berufen zu können.

Der Arbeit vieler Organisationen und WissenschaftlerInnen, die die Maya in Zukunft endlich als gleichwertige Mitglieder der Gesellschaft in den mittelamerikanischen Staaten etablieren wollen, werden mit *Apocalypto* Steine in den Weg gelegt.

Studierende der Altamerikanistik/Ethnologie an der Universität Bonn

<http://de.indymedia.org/2006/12/164681.shtml>

¡Fijáte!

Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.

Bankverbindung:

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treock

c-tree@gmx.net

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

Jahres-Abo: 55.- €

Auslands-Abo: 60.- €

E-Mail-Abo: 50.- €

Erscheinungsweise 14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

www.guatemala.de/fijate

Noch eine Bank pleite

Guatemala, 19. Jan. „Einige Bankaktionäre haben herausgefunden, wie man KontoinhaberInnen betrügt, Geld an sich bringt, Scheinfiguren für die Geldwäsche von US-Dollar nutzt, um schliesslich Konkurs anzumelden, mit dem Kapital zu flüchten und die Währungskommission zu zwingen, die Banken zu retten und die Einlagen mit Mitteln des *Sparschutzfonds* (FOPA) zu garantieren,“ fasst Wirtschaftsanalyst Carlos Barreda den aktuellsten Bankenskandal zusammen. Und das kurz nach der Intervention der *Banco de Café* (Bancafé) im Oktober (siehe ¡Fijáte! 371), den per E-Mail kursierenden falschen Gerüchten im November, die Bank *G&T Continental* stünde vor der Pleite und schliesslich dem Mangel an Geldscheinen seit Anfang Dezember, der dazu führte, dass viele Leute gar kein Bargeld mehr hatten und weder Weihnachtsgeld noch Überweisungen aus den USA abheben konnten. Angeblich habe die vorherige Administration der Staatsbank es versäumt, beizeiten neues Geld in den Druck zu geben, wobei die Lebenszeit eines guatemaltekischen Geldscheins bekanntlich zwischen zwei und drei Jahren liegt.

Und es war wieder kurz vor einem Wochenende, als die Währungskommission (JM) am 12. Januar die *Banco de Comercio* (auch BC oder Bancomer genannt) interveniert. Leidtragende sind rund 122'000 BankkundInnen. Und Grund für den Zusammenbruch sollen einmal wieder nicht nur Kredite sein, die über Umwege auf die Privatkonten der

Mitglieder des Bankenvorstandes zurückflossen, sondern gar an ein off-shore-Unternehmen weitergeleitet wurden, das in Guatemala nicht gemeldet ist. Somit haben Investoren keine Chance, an ihre Gelder zu kommen. Die massive Vergabe von Krediten habe letztendlich zu einem Liquiditätsproblem geführt, was die Bankeigene Leitung dazu zwang, selbst die Schliessung der Bank zu beantragen.

Zudem haben offenbar mindestens 7'000 KundInnen ihre Gelder als Anlagen der Bancomer anvertraut, die diese angeblich in Schutzbriefe gesteckt habe – im Wert von über 1,8 Mrd. Quetzales, und, weil nicht gedeckt, verloren für die Treuseligen. Einer von ihnen, ein pensionierter, 59-jähriger Flugpilot, dessen ganzes Vermögen in solchen Briefen steckte, nahm sich nach der definitiven Verlustverkündigung das Leben.

Dabei funktionierte die Bancomer bereits seit 10 Jahren und an ihren Investitionsweisen hat sich in der Zeit wenig geändert. So muss diese Privatbank wohl als weiteres Exempel für das lasche Funktionieren der Bankenaufsicht und die offenbare Überflüssigkeit der bestehenden Bankengesetzgebung erhalten. Wenig verwundert denn auch, dass vier der Hauptverantwortlichen, der Vorstandschef, der Geschäftsführer und zwei weitere verantwortliche Bankrepräsentanten, trotz wiederholter Hausdurchsuchungen ausgebüchst sind und inzwischen mit Hilfe von INTERPOL gesucht werden. Derweil haben Ange-

stellte der Bancomer Anzeige erstattet, dass sie von erzürnten BankkundInnen bereits Morddrohungen erhalten hätten.

Die Aktionäre der Bancomer jammern derweil, dass ihre Bank Opfer der Globalisierung geworden sei, in dessen Arena nur die Grossen bestehen könnten, so dass entsprechende Hebel gezogen worden seien, um die Bancomer zu Fall zu bringen und aus dem Weg zu räumen. Innenminister Vielmann vertritt dagegen die Theorie des Finanzterrorismus und vermutet Mafiastrukturen in der Bank, die nicht unwahrscheinliche Verbindungen zum Drogenhandel haben sollen und zum einen durch die Geldflüsse eigene Gelder waschen und zum anderen eine allgemeine Destabilisierung des Bankensystems provozieren wollten.

Gleichwohl, derzeit wird wohl niemand in Guatemala sich seiner Gelder und –Anlagen sicher sein oder gar behaupten, er würde in das Banksystem vertrauen. Auch die von Oscar Berger in seinem Jahresbericht noch viel gepriesene Stabilität der Volkswirtschaft ist unter diesen Umständen sicher kein überzeugender Garant für das gerade begonnene Jahr.

Das allgemeine Kundengeschäft der Bancomer wurde gleich der *Banco Industrial* übergeben und, da der Topf aufgrund der Obliegenheiten in Folge der Bancafé-Suspendierung bereits leer war, wurde zur Aufstockung des FOPA bereits ein Kreditantrag an die Weltbank gestellt.

GuatemalteKInnen in Bolivien wollen endlich zurück

Guatemala, 17. Dez. 06 170 GuatemalteKInnen, die 30 Familien bilden, die nach Bolivien emigrierten, um dem internen bewaffneten Konflikt zu entfliehen, baten die guatemaltekische Regierung, sie endlich zu repatriieren, da sie hungerten und aufgrund fehlendem Wohnraum am Rande der Verzweiflung lebten. „Wir wollen nicht länger hier bleiben, wir haben nichts mehr, denn wir haben alles verkauft. Wir konnten auch nichts ernten. Wir hatten uns so darauf gefreut, noch vor Weihnachten zurückzukehren,“ so Rosalío Ramírez, Anführer der Gemeinde San Pedro im bolivianischen Santa Cruz de la Sierra. Die Familien leben in zwei weiteren Gemeinden des Bezirks Litoral. Sie hatten Anfang 2006 den Worten der guatemaltekischen Autoritäten vertraut, die ihnen verhies, dass sie innerhalb von sechs Monaten zurück nach Guatemala kämen. In dieser Erwartung haben sie all ihren Besitz veräussert.

Nun bleibt ihnen allein die Illusion der Rückkehr. Unterdessen leben sie zwar noch in denselben Hütten, die sie verkauft haben, können aber jeden Moment hinausgeworfen werden, da die neuen Besitzer Anspruch erheben.

Der Priester Aldo Pasqualotto, Zuständiger der Erzbischöflichen Migrationspastorale in Boliviens Hauptstadt La Paz, bezeichnet die extreme Armut der GuatemalteKInnen als grösstes Problem. „Sie überlegen nur Dank der Wohltätigkeit von ein paar Institutionen“. In der Erwartung auf die baldige Rückkehr, haben sie die Feldarbeit und den Anbau von Reis, Mais und Soja nicht weitergeführt, mittels der sie sich die 23 Jahre über, die sie bereits in Bolivien leben, über Wasser gehalten haben.

„In den letzten Tagen haben wir eine Nothilfe von Seiten des UN-Hochkommissionär-Büros für Menschenrechte erreicht und wir überlegen auch, uns an das Ernährungsprogramm der USA

(PMA) zu wenden, denn der Hunger belastet sie sehr“, berichtet Pasqualotto.

Derweil versicherte Édgar Hernández vom guatemaltekischen *Nationalen Friedensfonds* (FONAPAZ), dass die versprochene Rückkehr der GuatemalteKInnen im März realisiert würde. Er rechtfertigte die Verzögerung mit den anfallenden Formalitäten, doch angeblich sei die Legalisierung für den Kauf eines Grundstücks auf der Finca El Rosario in La Ciénaga, Livingston, Izabal, so gut wie in trockenen Tüchern.

Derweil weist Martín Arévalo vom *Nationalen Entschädigungsprogramm* (PNR) darauf hin, dass die Regierung den Rückkehrenden die minimalen Ernährungssicherheiten garantieren müsse. Dem PNR oblägen dann die psychosoziale Betreuung sowie die mit dem Landwirtschaftsministerium gemeinsame Koordinierung von produktiven Projekten.